



Präsidium des Deutschen Reichs

# Deutsches Reich/Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs, und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten  
**- ius cogens -**

**Amtsblatt Nr. 34 vom 05. September 2019**

Öffentliche Bekanntmachung  
[www.Staatenbund-DeutschesReich.info](http://www.Staatenbund-DeutschesReich.info)

## Wie Richter von der bundesdeutschen Politik entmündigt werden

### § 146 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

*Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen.*

### § 147 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

*Das Recht der Aufsicht und Leitung steht zu:*

*1. dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz hinsichtlich des Generalbundesanwalts und der Bundesanwälte;*

*2. der Landesjustizverwaltung hinsichtlich aller staatsanwaltschaftlichen Beamten des betreffenden Landes;*

*3. dem ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten und den Landgerichten hinsichtlich aller Beamten der Staatsanwaltschaft ihres Bezirks.*

Zitat Handelsblatt vom 11. Juni 2019:

*„Bund und Länder sehen im Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Europäischen Haftbefehl keinen Anlass, das politische Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten anzutasten. ‘Der einzige konkrete Handlungsbedarf, der sich aus dem Urteil ergibt, liegt darin, die Wirksamkeit Europäischer Haftbefehle sicherzustellen, indem diese künftig von Richterinnen und Richtern erlassen werden’, sagte der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin (FDP) dem Handelsblatt. ‘Mehr sei ,nicht veranlasst’. [...] Bei Regierungskriminalität oder in anderen Fällen könnte der Justizminister die Staatsanwaltschaft anweisen, nicht so genau hinzuschauen. Dies wäre auch indirekt und informell auf Zuruf möglich. Oder der Minister könnte ein Ermittlungsverfahren anordnen, wo gar keines nötig wäre. [...] 2015 etwa wurde Heiko Maas (SPD) als Bundesjustizminister vorgeworfen, er habe aus politischen Gründen versucht, Ermittlungen gegen die Plattform ‘Netzpolitik.org’ zu unterbinden. [...]“*

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/europaeischer-haftbefehl-trotz-eugh-urteil-das-weisungsrecht-bleibt/24441540.html?ticket=ST-77558-nmMsBGaccqWTI2GA2IsS-ap1>

Zahlreiche Haftbefehle werden durch die von der Politik **weisungsgebundenen Staatsanwälte** nachweislich gegen politisch aktive Menschen ausgestellt, bzw. Ermittlungen gegen Straftäter bereits eingestellt, bevor der unabhängige Richter überhaupt urteilen kann.

Zitat Nordkurier vom 13. August 2019:

*„Affären, Pannen, Missstände in der Polizei*

*[...] Die aktuellen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Rostock sind ein weiteres schwerwiegendes Indiz für die zahlreichen offensichtlichen Missstände, Skandale, Affären, Pannen und Peinlichkeiten, die bei der Polizei in MV unter **Minister Lorenz Caffier** zuletzt beinahe an der Tagesordnung waren. Allein in diesem Jahr gab es jetzt bereits fünf gravierende Fälle, in denen Innenministerium und Polizei unter schweren politischen Druck geraten sind. [...]“* <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/neue-ermittlungen-gegen-ranghohe-polizeibeamte-aus-mv-1336411908.html>